

INFORMATIONEN

Positionspapier der SPD-Landtagsfraktion zum Ausbau erneuerbarer Energien: faire Bedingungen statt doppelter Last

Die SPD-Landtagsfraktion will den Ausbau erneuerbarer Energien weiter beschleunigen. Ziel ist Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit sicherzustellen. Wir wissen aber auch: erneuerbare Energien gehen nicht dadurch schneller ans Netz, indem wir immer ambitioniertere Ziele festlegen. Vielmehr müssen wir die richtigen Anreize schaffen und für den richtigen Rahmen sorgen. Deshalb arbeiten wir aktuell an konkreten Verbesserungen und novellieren zum Beispiel die Bauordnung oder das Denkmalschutzgesetz.

Weil wir uns über viele Jahre verlässlich für die neuen Energien einsetzen, ist Brandenburg heute Vorreiter beim Ausbau erneuerbarer Energien. Mit etwa 8400 Megawatt installierter Leistung nimmt Brandenburg bei der Windenergieerzeugung pro Kopf den Spitzenplatz in ganz Deutschland ein. Ausreichend Strom aus Erneuerbaren ist ein Standortvorteil und sorgt für gute Arbeitsplätze. Wir wollen auch in Zukunft Energie aus Sonne und Wind Vorfahrt geben. Der Umstieg auf neue Energien muss schneller werden.

Gleichzeitig darf unsere Vorreiterrolle den Menschen und den Unternehmen im Land nicht zum Nachteil gereichen. Es kann nicht sein, dass einige Bundesländer die Belastungen der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen tragen, der Nutzen und Mehrwert aber andernorts abgeschöpft wird. Aus diesem Grund müssen wir uns gegenüber dem Bund für gute und faire Rahmenbedingungen stark machen:

1. Netzinfrastuktur: ohne Anschluss kein Strom

Um die geplante Ausbauleistung zu schaffen und den gewonnenen Strom tatsächlich nutzen zu können, brauchen wir eine leistungsfähigere Netzinfrastuktur. Der produzierte Strom muss auch abtransportiert werden können. Die

PRESSESTELLE

Katja Schneider
Pressesprecherin

E-Mail:
katja.schneider@spd-fraktion.brandenburg.de

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Tel.: 0331 / 966 1316
Mobil: 0173 / 584 3734



Leistungskapazität der Netze muss mit dem Ausbau vor Ort mitwachsen. Das Planungsrecht ist bislang ein Hemmschuh und von der Privilegierung beim Ausbau der Anlagen ausgenommen. Ohne einen Netzanschluss, können die Anlagen für erneuerbare Energien nicht ans Netz gehen. Der Bund muss daher auch den Netzausbau privilegieren. Für den erfolgreichen Ausbau der Netzinfrastruktur ist auch wichtig, dass private PV-Anlagen möglichst schnell und unkompliziert von den Netzbetreibern angeschlossen werden. Hier darf kein Hemmschuh aus Gründen der Gewinnmaximierung entstehen.

2. Strommarktdesign: faire Lastenteilung beim Netzausbau
Heute werden die Brandenburgerinnen und Brandenburger für die Vorreiterrolle in erneuerbaren Energien bestraft. Wir müssen nicht nur mit den Beeinträchtigungen in der Landschaft leben, sondern zahlen auch noch die höchsten Netzentgelte. Der Ausbau der notwendigen Verteilnetze kostet Geld. Das sind Kosten, die derzeit auf die Verbraucherinnen und Verbraucher im Netzgebiet umgelegt werden. Das muss sich ändern.

3. Akzeptanz durch günstige Preise: Vorteile aus lokaler Energie ermöglichen

Der Preis für den Strom wird an der Börse festgelegt. Dabei spielt es heute keine Rolle, wo der Strom eigentlich produziert wird. Windenergie aus Brandenburg ist günstig: etwa 7 Cent pro Kilowattstunde. Wir brauchen eine ordnungspolitische Lösung, die es erlaubt, lokal erzeugte erneuerbare Energien auch lokal zu nutzen. Die Menschen und Unternehmen sollen von günstigen Preisen aus regionalem Strom profitieren. Außerdem müssen Verbraucherinnen und Verbraucher, die dezentral Energie speichern und als „Flächenspeicher“ auftreten, Vorteile haben. Dafür muss der richtige ordnungspolitische Rahmen gesetzt werden.

4. Mehr Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Bundesländern: Flächenziele mit Sanktionen verbindlicher gestalten

Mit dem „Wind-an-Land-Gesetz“ soll der Ausbau der Windenergie in Deutschland deutlich schneller vorangehen. Bis 2032 sollen 2 Prozent der deutschen Landesfläche für Windkraftenergie ausgewiesen werden. Hierzu werden den Bundesländern Flächenziele für den Ausbau der Windenergie vorgegeben. Während Brandenburg bereits etwa 1,4 Prozent der Landesfläche für Windenergie nutzt, hinken andere Bundesländer deutlich

hinterher. Schon heute ist zu befürchten, dass diese Länder die Ziele verfehlen. Daher braucht es mehr Verbindlichkeit, um die Belastungen bundesweit gerechter zu verteilen. Konkret sollten Bundesländer, die ihre Ausbauvorgaben nicht erfüllen, finanziell sanktioniert werden. Diese Strafzahlungen könnten auch dazu dienen, die Kosten des Windenergieausbaus in anderen Bundesländern zu kompensieren.

Zur Umsetzung dieser Rahmenbedingungen soll Brandenburg in allen Bund-Länder-Gremien darauf hinwirken und entsprechende politische Initiativen auf den Weg bringen.